



# Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

24-3/0513.2-20 B 27 Ausbau zw. Bodelshausen und Nehren - Scoping

Tübingen, den 08.05.2018

## PROTOKOLL

**Scoping – Termin am Donnerstag, 19. April 2018**

**09:00 – 12:00**

**im Rathaus Mössingen, Sitzungssaal (1. Stock)**

**Freiherr-vom-Stein-Straße 20, 72116 Mössingen**

**Beginn – 09:07**

### I. Begrüßung

Die Moderatorin, Frau Schneiderhan, eröffnet den Termin indem sie die Anwesenden begrüßt. Sie stellt sich und die Teilnehmer des Referats 24 vor, die das Verfahren in der Zukunft betreuen werden und bittet die Vertreter der Vorhabenträgerin sich kurz vorzustellen und ihre Funktion im Rahmen des Planungsverfahrens zu erläutern.

### Erschienen sind:

#### **Für das Regierungspräsidium Tübingen als Planfeststellungsbehörde:**

Frau Schneiderhan, Moderatorin

Frau Greifenstein, Verfahrensmanagerin

#### **Für das Regierungspräsidium Tübingen als Vorhabenträgerin:**

Frau Weißner, Straßenbau

Frau Oechelhaeuser, Straßenplanung,

Herr Kittelberger, Referatsleiter Straßenplanung

Herr Wahl, Straßenplanung

Herr Martin, Straßenplanung

Herr Trautner, Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung

Frau Forstner, Büro Eberhard + Partner

Herr Teuteberg, Büro Langenbach

Dienstgebäude Konrad-Adenauer-Str. 20 · 72072 Tübingen · Telefon 07071 757-0 · Telefax 07071 757-3190

poststelle@rpt.bwl.de · www.rp-tuebingen.de · www.service-bw.de

Buslinie 2 · Haltestelle „Regierungspräsidium“



### **Für die Behörden und Vereine:**

Herr Arnold, RP Tübingen, Referat 56-Naturschutz und Landschaftspflege  
Frau Balzer, LRA Tübingen, Abt. Verkehr u. Straßen  
Herr Betz, Bürgermeister Gemeinde Nehren  
Herr Bulander, Oberbürgermeister Stadt Mössingen  
Frau Gladanyuk, LRA Tübingen, Abt. Umwelt und Gewerbe  
Herr Gönner, Bürgermeister Stadt Mössingen  
Frau Henzler, LRA Tübingen, SG Naturschutz  
Herr King, Hauptamtsleiter Gemeinde Bodelshausen  
Herr Lau, LRA Tübingen, Abt. Verkehr u. Straßen  
Frau Michelsburg, LRA Tübingen, SG Landwirtschaft  
Frau Müßler, LRA Tübingen, SG Landwirtschaft  
Herr Räuchle, Stadt Mössingen, Bürgerservice, Ordnung und Verkehr  
Herr Reichert, Bürgermeister Gemeinde Ofterdingen  
Frau Rienhardt, Stadt Mössingen, Stadtentwicklung, Umwelt & Liegenschaften  
Herr Schneider, Wildtierbeauftragter Tübingen  
Frau Schnelle, LRA Tübingen, Vermessung und Flurneuordnung  
Herr Schwarz, Hauptamtsleiter Gemeinde Ofterdingen  
Herr Seiler, RP Tübingen, Referat 52-Gewässer und Boden  
Herr Zacher, Regionalverband Neckar-Alb

Nach der Vorstellungsrunde stellt Frau Schneiderhan den Scoping-Termin im Zusammenhang mit dem Planfeststellungsverfahren kurz dar. Sie erklärt, dass es sich bei dem Ausbau der B27 um ein Vorhaben handelt, bei dem eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen sei. Deshalb sieht der Gesetzgeber vor, dass die Plangenehmigungsbehörde einen sog. Scoping-Termin durchführt, bei dem Gegenstand, Umfang und Methoden der Umweltverträglichkeitsprüfung festgelegt werden.

Sie betont, dass bei diesem Verfahren die Planungen bereits weit fortgeschritten seien und es schon vorab viele Abstimmungen gab. Die neusten gesetzlichen Änderungen verlangen jedoch, dass ein Scoping-Termin unter Beteiligung der Öffentlichkeit stattzufinden habe. Der Termin biete einen Rahmen für den fachlichen Austausch der an dem Verfahren beteiligten Behörden und Naturschutzverbänden.

Nach diesem Termin werde es einen Scoping-Bericht geben, in dem das Regierungspräsidium den Untersuchungsumfang für die Umweltverträglichkeitsprüfung festlegt. Die Ergeb-

nisse der Untersuchungen, die aufgrund des Scoping-Verfahrens von der Straßenbauverwaltung durchgeführt werden, sind später Grundlage der Umweltverträglichkeitsprüfung, die im Rahmen des öffentlichen Planfeststellungsverfahrens durchgeführt werde.

Frau Schneiderhan betont zudem, dass im Rahmen dieses Termins keine privaten Belange besprochen werden. Für diese Belange verweist sie auf das offizielle Planfeststellungsverfahren, bei welchem die Planunterlagen bei den Gemeinden ausgelegt werden und die Betroffenen, die Möglichkeit bekommen ihre Belange einzubringen. Sie umreißt in diesem Zusammenhang den Ablauf des Planfeststellungsverfahrens für die beteiligte Öffentlichkeit. Sollte es jedoch seitens der Öffentlichkeit Beiträge geben, die zum Thema Umweltauswirkungen noch unbedingt mitzuteilen wären, gibt sie Gelegenheit dazu am Ende des Termins. Frau Schneiderhan übergibt daraufhin das Wort der Vorhabenträgerin und erklärt, dass nach der Vorstellung der laufenden Planung die einzelnen Schutzgüter nacheinander abgearbeitet werden. Dabei wird den Anwesenden die Möglichkeit gegeben sich zu den einzelnen Schutzgütern zu äußern.

Die vor dem Scoping-Termin der Planfeststellungsbehörde zugleiteten, schriftlichen Stellungnahmen werden der Vorhabenträgerin mit dem Protokoll weitergeleitet. Ungeklärte Fragen werden im Nachgang bearbeitet.

## **II. Vorstellung der laufenden Planung durch die Vorhabenträgerin**

Die Planung umfasst den zweibahnigen Aus- und Neubau der B 27 zwischen Bodelshausen und Nehren. Der sogenannte „Gesehen-Vermerk“ des Bundesverkehrsministeriums und die Genehmigung des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg liegen für die Planung vor. Auf dieser Grundlage werden derzeit die Unterlagen für das zu beantragende Planfeststellungsverfahren detaillierter ausgearbeitet und aktualisiert.

Herr Wahl stellt die technischen Daten der Planung vor. Geplant ist unter anderem

- 2 PWC-Anlagen für je 19 LKW und 32 PKW Plätze
- 2 P+M-Plätze für je ca. 70 Stellplätze
- 3 Anschluss-Stellen bei Bästenhardt, Mössingen/Ofterdingen und Mössingen/Nehren
- 3 Regenrückhalte- und Klärbecken
- Lärmschutzmaßnahmen wie Lärmschutzwände, Erd- und Steinwälle usw..

Die Straßengradiente wird im Bereich Bad Sebastiansweiler bis zu 6m gegenüber dem vorhandenen Gelände (B 27alt) abgesenkt.

Zudem stellt Herr Wahl die Verkehrsprognose mit und ohne den geplanten Umbau vor. Das Fazit lautet, dass sowohl Bästenhardt als auch die Ortsdurchfahrt Ofterdingen und die Ortsdurchfahrt Nehren durch den Ausbau der B 27 verbunden mit der Ortsumfahrung Ofterdingen enorm entlastet werden.

Für weitere Details der Planung wird auf die dem Protokoll angehängte Präsentation verwiesen.

Herr Bürgermeister Betz stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob Lärmschutzmaßnahmen im Bereich Nehren West geplant seien, da sich durch den Bau einer Rampe die Gefahr von Verkehrslärm für Nehren erhöht.

Herr Wahl erklärt, dass ein neues Lärmgutachten in Auftrag gegeben wurde, dessen Ergebnisse noch nicht vorliegen. Die Lärmschutzmaßnahmen werden, basierend auf den Ergebnissen des Gutachtens geprüft und ggf. überarbeitet. Falls aufgrund des Gutachtens Lärmschutzmaßnahmen für Nehren West erforderlich werden, werden diese umgesetzt.

Frau Weißner und Herr Trautner vom beauftragten Gutachterbüro Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung stellen anschließend den Untersuchungsrahmen für die Planfeststellungsunterlagen vor. Die Vorhabenträgerin verweist darauf, dass der Untersuchungsraum aufgrund trassenferner Ausgleichsmaßnahmen im Vergleich zur Entwurfsplanung teilweise ausgedehnt wurde (z.B. Räsp). Die Flora/Fauna-Daten wurden im Jahr 2017 aktualisiert, weitere ergänzende Kartierungen finden 2018 statt. Daraufhin sind der Artenschutzfachbeitrag (inklusive artenschutzrechtliche Ausnahme), die Natura-2000-Verträglichkeitsprüfungen (inklusive Ausnahme nach § 34 BNatSchG) sowie der Landschaftspflegerische Begleitplan zu plausibilisieren und zu aktualisieren sowie an aktuelle fachliche und rechtliche Vorgaben anzupassen (z.B. Rote Liste, Managementplan Albvorland bei Mössingen und Reutlingen). Der im Generalwildwegeplan dargestellte Wildtierkorridor nationaler Bedeutung wurde bereits im Rahmen der Entwurfsplanung berücksichtigt und daraufhin bei Bau-km 0+700 eine Grünbrücke vorgesehen und vom Verkehrsministerium des Landes BW genehmigt.

Herr Trautner stellt den Untersuchungsumfang für die Flora/Fauna, zum Artenschutz-Fachbeitrag und zur FFH-Verträglichkeitsprüfung vor. Er erklärt, dass die Erfassung der Lebensraumtypen, Biotope sowie Flora und Fauna schon 2009 stattfand. Diese wurde jetzt auf ihre Aktualität überprüft. Das aktuelle Untersuchungsprogramm ist dem Scopingpapier zu entnehmen. Die flächendeckende Biotoptypenkartierung erfolgt entsprechend der aktuellen Kartieranleitung Offenland-Biotopkartierung BW, Stand 2016.

Weitere für das Planfeststellungsverfahren erforderliche Gutachten sind u.a. das Verkehrsgutachten, Lärmgutachten, Luftschadstoffgutachten, Baugrundgutachten und Hydrogeologische Gutachten.

Herr Arnold fragt nach, ob die Schlingnatter mitberücksichtigt wurde.

Herr Trautner erklärt, dass diese indirekt durch die Untersuchungen an der Zauneidechse mitberücksichtigt, jedoch nicht direkt untersucht wurde.

Für weitere Einzelheiten zu den Umweltbeiträgen wird erneut auf die dem Protokoll angehängte Präsentation und das Scopingpapier verwiesen.

### **III. Besprechung/ Nachfragen zu den einzelnen Schutzgütern:**

Im weiteren Verlauf des Termins geht die Moderatorin auf die einzelnen Schutzgüter ein. Sie fragt bei den einzelnen Schutzgütern, ob die Anwesenden dazu noch Klärungsbedarf haben. Dabei werden folgende Schutzgüter nacheinander abgefragt:

1. Schutzgut Mensch (Lärmschutz),
2. Schutzgüter Tier, Pflanzen und biologische Vielfalt (FFH),
3. Schutzgüter Fläche, Boden, Wasser (Grund-/Oberflächenwasser), Luft, Klima und Landschaft (Ökologie/Wiedervernetzung),
4. Schutzgüter kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter  
sowie deren Wechselwirkungen

Zu den einzelnen Schutzgütern gab es keine direkten Anmerkungen. In der sich anschließenden allgemeinen Aussprache wurden folgende Themen diskutiert.

Herr Schneider will wissen, wie der Schutz der geplanten Grünbrücke beim Betrieb der nahgelegenen PWC-Anlagen berücksichtigt wurde.

Herr Trautner erklärt, dass einerseits die PWC-Anlage 150-250m von der Grünbrücke entfernt geplant wurde, des Weiteren um die PWC-Anlage Schutzwälle errichtet bzw. zur Grünbrücke hin diese höher geplant wurden. Außerdem soll die PWC-Anlage keine hohe und weiträumige Beleuchtung erhalten, um das Wild nicht zu verscheuchen. Die Abschirmung der Grünbrücke soll so optimal wie möglich sein, u.a. sind Irritationsschutzwände und Wildleitläufe vorgesehen. Jedoch stellt das Umfeld der Grünbrücke die Planer vor eine Herausforderung, da dort die Feldlerche vorkomme, welche ebenfalls Berücksichtigung finden

müsse und für Änderungen des Lebensraums hinsichtlich vertikaler Strukturen sehr empfindlich sei.

Herr Oberbürgermeister Bulander erkundigt sich in diesem Zusammenhang, ob die Planungen eine Lösung für die fußläufige Verbindung der PWC-Anlage mit den gegenüberliegenden Gaststätten bei Bad Sebastianweiler vorsehen. Er befürchtet, dass die Benutzer der PWC-Anlage sich sonst einen unkonventionellen Weg zu den Raststätten suchen, was nicht im Sinne der Verkehrssicherheit und des Naturschutzes sei.

Die Vorhabenträgerin erklärt, dass so eine Verbindung aus naturschutzrechtlicher und bautechnischer Sicht schwierig umzusetzen sei (siehe auch Wildleitzaun/Lärmschutzwand). Der Hinweis werde jedoch aufgenommen und bei der Planung geprüft und ggf. mitberücksichtigt.

Herr Koltzenburg bittet darum, dass die Wellenlänge des Lichts der PWC-Anlage soweit wie möglich minimiert werde und das Wasser des Rückhaltebeckens die Steinlach nicht verunreinigen dürfe.

Die Vorhabenträgerin versichert, dass hier die neuste Technik zum Einsatz komme, um die Beleuchtung der Rastanlage so niedrig wie möglich zu halten. Ein Wall soll zusätzlich das Scheinwerferlicht der Fahrzeuge abschirmen. Zudem werde versichert, dass die geplanten Filteranlagen des Rückhaltebeckens den Ansprüchen höchster Reinigungsqualität entsprechen.

Herr Räuchle will wissen, wie die PWC-Anlagen ausgestattet sein werden.

Herr Teuteberg beschreibt, dass es sich dabei um eine Standardanlage handelt, ausreichend für 19 LKW und 32 PKW Plätze mit zentralem Toilettenhäuschen, ohne Mastenbeleuchtung und Bewirtschaftung, jedoch mit Aufenthaltsraum.

Herr Bürgermeister Gönner erkundigt sich, ob der Grünstreifen zwischen den LKW- und den PKW Stellplätzen nicht weiter reduziert werden könne, um den Flächenbedarf der PWC-Anlage zu senken.

Herr Teuteberg und Herr Wahl erwidern, dass dieser bereits auf ein Minimum reduziert wurde. Es handelt sich hierbei bereits um die kleinste Standardrastanlage. Aus Sicherheitsgründen für die Parkenden ist eine weitere Reduzierung der Grünfläche nicht vertretbar, zudem soll die Aufenthaltsmöglichkeit noch gewährleistet sein.

Herr Bürgermeister Gönner kann die Argumentation nicht nachvollziehen und regt eine weitere Reduktion des Grünstreifens an.

Die Vorhabenträgerin sichert zu, diesen Hinweis noch mal zu prüfen.

Herr Räuchle stellt die Frage, ob mit den Eigentümern des Gehöfts Waldhof (Herr Leukhardt) eine Einigung erzielt worden sei, was deren Anschluss an das Wegenetz betrifft.

Die Vorhabenträgerin erklärt, dass man sich darauf geeinigt habe, dass sie einen Anschluss an das Wegenetz Richtung Mössingen bekommen.

Weiteren Klärungsbedarf zu den einzelnen Schutzgütern gab es auf Nachfrage nicht.

Daraufhin erklärt die Moderatorin den weiteren Verlauf des Genehmigungsverfahrens. Im nächsten Schritt werde der Antrag und die Planfeststellungsunterlagen bei der Planfeststellungsbehörde eingereicht. Die Genehmigungsbehörde wird dann in einem mehrstufigen Anhörungsverfahren alle Träger öffentlicher Belange sowie alle sonstigen Betroffenen anhören. Nach Abschluss des Verfahrens wird über die Genehmigung für die Planung entschieden.

Herr Oberbürgermeister Bulander will daraufhin wissen, wann das Verfahren voraussichtlich eingeleitet werde.

Frau Schneiderhan erklärt, dass dies allein in der Hand des Vorhabenträgers liege. Die Vorhabenträgerin jedoch eine Antragstellung im Jahr 2019 angekündigt habe.

**Ende - 10:05 Uhr**

#### **Anlagen**

Anlage 1 Präsentation des Vorhabenträgers, Scopingpapier

Anlage 2 Übersichtskarte

Anlage 3 Untersuchungsraum